



# **Statement zum Ausbildungsreport**

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Kristof Becker, DGB-Bundesjugendsekretär**

21. August 2025

**Statement zum Ausbildungsreport 2025**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum mittlerweile neunzehnten Mal hat die DGB-Jugend Auszubildende aus der gesamten Republik gefragt, wie sie die Qualität ihrer Ausbildung in den Betrieben, Dienststellen und Berufsschulen bewerten. Über 9.000 junge Menschen aus den 25 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen haben sich an der repräsentativen Umfrage beteiligt.

Schwerpunkt sind in diesem Jahr „Zugangsvoraussetzungen und Hürden“ bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Denn obwohl die Arbeitgeber öffentlich immer wieder über fehlende Fachkräfte und zu wenig Bewerber\*innen jammern, schaffen viele junge Menschen den Sprung in eine Ausbildung nicht.

Ein möglicher Grund hierfür: Ihnen fehlen Netzwerke, auf die sie bei der Ausbildungsplatzsuche zurückgreifen können. Der Schwerpunkt des diesjährigen Ausbildungsreports zeigt uns: Für fast 50 Prozent (49,7 Prozent) der Befragten sind Freund\*innen und Familie die wichtigsten Unterstützer\*innen bei der Ausbildungsplatzsuche.

Danach folgt das Internet. Ein Drittel der Befragten (32,9 Prozent) informiert sich dort über die Ausbildungsangebote (Social Media 9,4 Prozent). Offenbar nehmen die jungen Menschen das als größere Unterstützung wahr als Beratungsangebote, die die Arbeitsagenturen anbieten. Nicht einmal 15 Prozent der Befragten (14,6 Prozent) nutzen die Angebote der Agenturen. Erst danach folgt die schulische Berufsorientierung, die nur 7,2 Prozent der Befragten nützlich finden.

Diese Ergebnisse können ganz und gar nicht zufriedenstellen. Bund und Länder müssen hier endlich ran und den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern.

Für den Ausbildungsreport befragen wir ausschließlich junge Menschen in Ausbildung. Die Erfahrungen derjenigen, die bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgehen, können wir daher nicht abbilden. Doch selbst wer letztlich einen Ausbildungsplatz bekommen hat, hat meistens nicht nur eine Bewerbung geschrieben. Viele wurden bereits von anderen Betrieben vor einem regulären Vorstellungsgespräch aussortiert: 49 Prozent erhielten direkt nach Durchsicht ihrer Bewerbungsunterlagen eine Absage. 29 Prozent bestanden Einstellungs- und Onlinetests nicht und 16 Prozent wurden bereits nach einem telefonischen oder digitalen Vorgespräch abgelehnt.

Wie bereits Elke Hannack in ihrem Statement klar gemacht hat: Die Arbeitgeber sind aufgefordert, mehr jungen Menschen die Chance zu geben, sich in der Ausbildung zu beweisen. Ansonsten kann man ihnen das Gejammer um einen angeblichen Bewerber\*innen-Mangel nicht abnehmen.

Müssen sich Auszubildende für einen Ausbildungsbetrieb entscheiden, ist ihnen eine gute Erreichbarkeit des Betriebs mittlerweile am wichtigsten. Das sagen fast 60 Prozent der von uns Befragten (59,3 Prozent). Von hoher Bedeutung sind ebenfalls das Arbeitsklima im Betrieb (58,2 Prozent), die Arbeitszeiten (54,1 Prozent) sowie die Höhe der Ausbildungsvergütung (43,6 Prozent).

Sehr geehrte Damen und Herren,

selbst diejenigen, die einen Ausbildungsplatz ergattern, berichten oft von Zugangshürden.

So hat die Mehrheit der Auszubildenden Probleme, von ihrer Vergütung selbstständig zu leben (62,8 Prozent). Ihre finanzielle Situation hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Im Vergleich zum Jahr 2020 ist der Anteil der Auszubildenden, die Probleme haben ein selbstständiges Leben führen zu können, um fast 6 Prozentpunkte angestiegen. Etwa ein Drittel der Auszubildenden erhält zusätzliche finanzielle Unterstützung der Eltern (31,9 Prozent), jede\*r Achte ist sogar auf einen zusätzlichen Nebenjob angewiesen (12,7 Prozent).

Auch wenn diese Ergebnisse angesichts der gestiegenen Preise für Mieten, Mobilität und im Supermarkt nicht verwundern, kann und darf es so nicht weitergehen! Wird Ausbildung zu etwas, was junge Menschen „sich leisten können“ müssen, ist das nicht nur Ausdruck mangelnder Wertschätzung ihnen gegenüber. Es steht auch den Bemühungen entgegen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, über den die Arbeitgeber oft lautstark jammern.

Für uns folgen daraus drei konkrete Vorschläge, wie Hürden gesenkt werden und mehr junge Menschen den Zugang in eine Ausbildung finden können:

- Erstens müssen wir die finanzielle Situation der Auszubildenden verbessern, die besonders unter den steigenden Preisen und Mieten der letzten Jahre gelitten haben. Wir brauchen einen bundesweit verstetigten Ausbau von Azubi-Wohnheimen; ein vergünstigtes, bundesweit gültiges Azubi-Ticket und eine höhere Mindestausbildungsvergütung hierzulande. Wer 2025 eine Ausbildung beginnt, muss laut Gesetz mindestens 682 Euro brutto im

1. Ausbildungsjahr erhalten. Wir fordern, die Mindestvergütung auf 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung zu erhöhen. Für das erste Jahr wären dies dann mindestens 834 Euro, die branchenübergreifend und bundesweit gezahlt werden müssten.

- Zweitens müssen wir junge Menschen verstärkt bei ihrer Ausbildungsplatzsuche unterstützen. Hierfür braucht es einen flächendeckenden Ausbau von Jugendberufsagenturen, in denen alle Angebote des Übergangs von der Schule in den Beruf sowie der Jugendhilfe unter einem Dach gebündelt werden. Das Angebot muss dabei aufsuchender und die Jugendberufsagenturen gleichzeitig stärker als physische Anlaufstelle präsent werden. So können die zweifelsohne bestehenden Potenziale endlich voll ausgeschöpft werden.
- Drittens brauchen wir ein besseres, wirksames Auffangnetz für diejenigen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Die gesetzliche Ausbildungsgarantie reicht dafür nicht aus. Einerseits muss sie in allen Regionen gelten. Andererseits müssen wir sie um eine solidarische Umlagefinanzierung erweitern, wie sie das Bundesland Bremen mit dem Ausbildungsfonds eingeführt hat!

So können wir es schaffen wieder mehr junge Menschen in Ausbildung zu bringen. Und ihnen damit zu einer der besten Entscheidungen ihres Lebens verhelfen: Denn mit 71,6 Prozent ist die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung zufrieden oder sehr zufrieden. Das zeigt: Die duale Berufsausbildung ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Und die Entscheidung für eine Ausbildung ist ein guter Schritt, ins Erwerbsleben zu starten.

Doch klar ist: Es läuft nicht in allen Betrieben rund – trotz kleinerer Verbesserungen. Noch immer gibt fast ein Drittel der befragten Auszubildenden an, regelmäßig Überstunden leisten zu müssen (32,3 Prozent). Überstunden müssen laut Berufsbildungsgesetz ausgeglichen werden. Das ist leider nicht immer der Fall: 7,5 Prozent geben an, weder eine zusätzliche Vergütung noch einen Freizeitausgleich zu erhalten.

Traurige Spitzenreiter sind mal wieder Köchinnen und Köche, von denen mehr als die Hälfte regelmäßig Überstunden (50,6 Prozent) machen muss. Schon in der Ausbildung leisten sie im Durchschnitt 5,7 Überstunden pro Woche. Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, dass zuletzt fast die Hälfte (46,7 Prozent) aller Ausbildungsverträge in diesem Beruf vorzeitig gelöst wurden.

Probleme machen auch die ausbildungsfremden Tätigkeiten. Fast jede\*r siebte Auszubildende\*r (14,7 Prozent) gibt mittlerweile an, „immer“ oder

„häufig“ Tätigkeiten übernehmen zu müssen, die eindeutig nicht zur Ausbildung gehören. Hier gab es zwar eine leichte Verbesserung gegenüber dem Negativrekord im Vorjahr (2024: 15,3 Prozent). Doch noch immer liegt der Wert deutlich über dem Niveau vor der Pandemie (2019: 12,2 Prozent). Traurige Spitzenreiter sind Friseur\*innen, von denen 26,1 Prozent ständig ausbildungsfremde Tätigkeiten übernehmen müssen.

Für die Azubis heißt das ganz einfach, dass ihnen Zeit für die eigentlichen Ausbildungsinhalte fehlt. Dies gefährdet ihren erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Das wissen wir auch aus Erfahrungsberichten bei unserem Beratungsportal „Dr. Azubi“.

Leider haben sich die Perspektiven junger Menschen verschlechtert: Mehr als vier von zehn Auszubildenden (41,5 Prozent) wissen im letzten Ausbildungsjahr immer noch nicht, ob sie übernommen werden. Das ist ein starker Anstieg um 7 Prozentpunkte im Gegensatz zum Vorjahr. Die Arbeitgeber tun sich damit keinen Gefallen: Wissen Auszubildende, dass sie übernommen werden, sind sie deutlich zufriedener mit ihrer Ausbildung. Und das stärkt ihre Bindung an den Betrieb.

Die Übernahmechancen hängen dabei stark vom jeweiligen Ausbildungsberuf ab: So bleiben beispielweise Verkäufer\*innen besonders lange im Unklaren.

Angesichts der skizzierten Probleme sagen wir allen jungen Menschen, die eine Ausbildung machen wollen: Achtet bei der Wahl eures Ausbildungsbetriebs ganz genau darauf, was euch angeboten wird. Wird in der Ausbildungsannonce ein Tarifvertrag erwähnt und steht dieser auch im Ausbildungsvertrag, ist das ein gutes Zeichen. Denn mit Tarifvertrag habt ihr weniger Arbeitsstunden, mehr Urlaub als gesetzlich vorgeschrieben und auch eure Vergütung ist höher. In einigen Branchen garantieren sie euch sogar die Übernahme nach der Ausbildung, etwa in der Metall- und Elektroindustrie oder im öffentlichen Dienst.

Sind in eurem Bewerbungsgespräch dann auch noch ein Betriebs- oder Personalrat dabei und wachen über ein faires Verfahren, dann werden sie auch während der Ausbildung dafür sorgen, dass Gesetze und Vorschriften eingehalten werden. Da sagen wir: Zugreifen, Ausbildungsvertrag unterschreiben und eine der besten Entscheidungen in eurem Leben treffen.

Das waren die zentralen Ergebnisse unseres neuen Ausbildungsreports. Glück auf und danke für ihre Aufmerksamkeit!